Nr. 374 Morgen-Ausgabe
A 190

Berlin

Sonnabend, 10. August 1929
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanzblatt" und „Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung", — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin-Tuvori. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3645. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688—3692 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Was kann man Snowden bieten?

Der Hecht im Karpfenteich / Will England die Konferenz sprengen? / Deutschland als Vermittler? / Amerika bleibt passiv

Im Haag, 9. August

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

Der englische Schatzkanzler Philipp Snowden hat durch sein scharfes Auftreten der Haager Konferenz eine Reihe von schweren Nüssen zu knacken aufgegeben. An dieser Arbeit beteiligen sich heute trotz des besonders strahlenden Sommertages von früh an sämtliche Delegationen. Nur Snowden hatte es vorgezogen, mit seiner Gattin im Automobil in die Umgebung zu fahren. Er sah sich in Ruhe Leyden und Amsterdam an und fuhr bei der Rückkehr um ½5 Uhr am Binnenhof vor, wo er sich aus der gerade tagenden politischen Konferenz den englischen Generalsekretär Sir Maurice Hankey herunterrufen ließ. Der stieg zu ihm mit einem Bündel Notizen in den Wagen und informierte ihn über das, was oben in Beratungssaal vorging.

Darauf fuhr Snowden vergnügt in sein Hotel. Man sagt, Snowden sei ein politischer Fanatiker, er scheint auch ein fanatischer Naturfreund zu sein, wenn er in solchen Zeiten die Ruhe aufsucht, den Wirbel, den er angerichtet hat, im Stich zu lassen und durchs Land zu reisen.

Tatsächlich hat Snowden die ganze Konferenz auf den Kopf gestellt. Im Grunde genommen, kümmert sich eigentlich niemand mehr um die politische Kommission, die heute ihre Tagung fortgesetzt hat. Wenn sie bei dem Thema bleibt, das ihr zunächst zur Beratung zugewiesen ist, so kann sie zu einem fruchtbaren Ende gar nicht kommen, bevor die finanzielle Seite des Young-Planes nicht erledigt ist. Andererseits aber ist das, was zunächst in erster Linie Angelegenheit der Finanztechnischen Fachleute zu sein schien, inzwischen zu einem politischen Problem erster Ordnung geworden. Kein formell liegt freilich gar kein Grund dagegen vor, daß morgen das Finanzkomitee seine Beratungen wieder aufnimmt und sogar zu einem positiven Ergebnis kommt, denn auf der Tagesordnung steht der Snowdensche Antrag, einen Unterausschuß einzusetzen, der unter Ausschluß Deutschlands die Abänderung der Quotenverteilung des Young-Planes beraten soll. Aber wenn die Mitglieder des Finanzkomitees sich zu einer neuen Sitzung versammeln, so wird niemand den Kommentar vergessen haben, den Snowden seinem Antrage vorausgeschickt hat.

Er hat in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission nicht nur, wie früher bereits wiederholt, daß England nicht gewillt sei, weiter Opfer zu bringen, und daß er die im Young-Plan enthaltene englische Quotenverkürzung nicht zu bewilligen gedenke, er hat auch nicht nur seine Forderungen dadurch unterstrichen, daß er davon sprach, die Durchsetzung seiner Vorschläge sei für England Ehrensache, sondern er hat vor allem ganz kategorisch erklärt, er sehe keinen Weg, ohne Abänderung des Young-Planes sein Ziel zu erreichen.

Was hat er damit gemeint? Mit dieser Rätselfrage beschäftigen sich seit gestern abend alle Delegationen. Besonders nervös sind begreiflicherweise die Franzosen, die heute bereits von einer Vertagung der Konferenz sprechen. Dabei meinen sie eigentlich den Abbruch, halten es aber für ratsam, durch ihre Informationen an die Presse wenigstens die Hoffnung aufrechterhalten zu lassen, daß in Form von Sachverständigenberatungen ein Bindeglied zwischen dem jetzt zu beendenden und dem später wieder aufzunehmenden Teil der Konferenz hergestellt werden kann. Während in den anderen Delegationen die Optimisten in dem Auftreten Snowdens nur eine der auf allen internationalen Konferenzen üblichen Episoden sehen wollen — eine Art von Theaterdonner vor dem Kulissenwechsel — und die Pessimisten es für eine schwere Aufgabe der Diplomaten halte, dem sturen Snowden ein Kompromiß abzuringen, geht der französische Pessimismus weiter. **Hier wird die Frage gestellt: Will Snowden überhaupt einen Erfolg, oder will er den Abbruch der Konferenz?**

Die bis heute hier vorliegenden englischen Pressestimmen lassen keinen Zweifel darüber entstehen, daß die gesamte öffentliche Meinung Englands das Snowdensche Auftreten unterstützt. Das scheint kein Wunder, wenn man sich daran erinnert, daß im englischen Wahlkampf Snowden durch seine antifranzösische nationalistische Parole sehr viele — man sagt hier etwa eine Million — Wahlstimmen auch aus bürgerlichen Kreisen der englischen Arbeiterpartei zugeführt hat. Die Franzosen nehmen nun an, daß Snowden dahin strebt, sich diese Stimmen für einen neuen Wahlkampf zu sichern und noch zu vermehren, um seiner Partei dann die absolute Mehrheit zu verschaffen, die sie bei der letzten Wahl nicht erreichte.

Von diesem Standpunkt aus gesehen, würde die Haager Konferenz lediglich ein Stein im innerpolitischen Schachspiel der Arbeiterpartei sein, und wenn man derartige Absichten bei Snowden wirklich voraussehen könnte, so würde tatsächlich für die Konferenz die ernsteste Gefahr bestehen. Auf der anderen Seite aber halten nüchtige Beurteiler der Situation derartigen Meinungen entgegen, daß die Sprengung der Konferenz den Konservativen in der englischen öffentlichen Meinung Oberwasser geben müßte, denn sie könnten die Arbeiterpartei beschuldigen, die europäische Befriedung, die durch die Konservative Partei vorbereitet gewesen sei, hintertrieben zu haben.

In der Tat, wenn man sich vor Augen führt, welche Konsequenzen die Sprengung der Haager Konferenz gerade durch eine Arbeiterregierung für die innere Politik auch in Frankreich und in Deutschland zur Folge haben müßte, so kann man eigentlich nicht glauben, daß Snowden ein so radikales Ziel verfolgt. **Will er aber lediglich einen Erfolg durch die Erzwingung des Kompromisses, so hat er heute schon sein Ziel erreicht; denn die Franzosen sind zweifellos bereit, wenn er überhaupt Brücken zu betreten wünscht, so viel zu bauen, wie irgend möglich sind. Aus der französischen Delegation stammt die Bemerkung, daß schließlich der Young-Plan eine ganze Reihe von Schubladen aufweise, die man bloß aufzuziehen brauche, um für England eine ganze Menge von Kompensationsmöglichkeiten herauszunehmen. „Welche Möglichkeiten sie meinen, lassen sie vorläufig im dunkeln.**

Es ist noch der Rede, die der französische Finanzminister Chéron gestern in der finanziellen Kommission als Antwort auf Snowdens Ausführungen gehalten hat, allerdings sehr schwer, von französischer Seite an die englische Delegation die nötigen Anregungen zu geben. **Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob ein Teil der kleinen Nationen und auch die Franzosen auf Deutschlands Vermittlerhilfe rechnen. Dadurch würde allerdings eine sehr groteske Situation geschaffen werden; denn auf diese Weise würde Deutschland in die Lage kommen, zwischen seinen Gläubigern zu vermitteln.**

Bisher hat die deutsche Delegation eine vollkommen neutrale Stellung eingenommen. Sie hat den Streit zwischen den Gläubigern als eine Angelegenheit betrachtet, die sie eigentlich nichts angeht, da es ja feststehen scheint, daß auf keinen Fall Deutschland die Zeche der Gläubigerstreitereien diesmal zu bezahlen haben wird. Aber ob die deutsche Auffassung sich auf die Dauer durchhalten lassen wird, scheint sehr zweifelhaft. Denn je mehr der finanzielle Streit sich verteilt, desto mehr treten die Deutschland interessierenden politischen Fragen in den Hintergrund und desto mehr wird gerade die Situation geschaffen, gegen die sich Deutschland bisher gewehrt hat, daß nämlich die Finanzfragen der politischen Ordnung vorangestellt werden. Wenn insbesondere gar die Gefahr droht, daß an den Finanzfragen die ganze Konferenz scheitert, so entsteht für Deutschland eine besonders ernste Situation.

Man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß in der heutigen Besprechung zwischen Stresemann und Henderson der deutsche Außenminister seinen englischen Kollegen mit allem Nachdruck auf den Ernst der Situation hingewiesen haben dürfte. Es ist dringend notwendig, daß auch die finanziellen Angelegenheiten jetzt als zum gesamten politischen Komplex gehörig betrachtet werden, und daß man nicht länger den Streit sich in ziffernmäßigen Auseinandersetzungen zerzetteln läßt. ?

Bedauerlich ist es, daß die Vereinigten Staaten, wie es scheint, sich mit Absicht vollkommen passiv verhalten. Der amerikanische Botschafter Wilson hat zwar heute im Hotel des Indes Chéron und Loucheur einen Besuch abgestattet und hat auch die Gelegenheit einer Wagenfahrt nach Scheveningen benutzt, um am Sitz der deutschen Delegation vorzusprechen. Aber man darf nicht vergessen, daß der Legationssekretär an der amerikanischen Botschaft in Paris kaum die geeignete Persönlichkeit ist, weitreichenden Einfluß auf die Verhandlungen der Delegationen zu üben. Er wird sich auch weiter streng in der Rolle des reinen Beobachters halten, und es verlautet nichts darüber, daß er etwa auf Order von Washington besonders wichtige Aufträge bei seinen heutigen Besuchen ausgeführt habe.

Bhd.

(Siehe auch zweite Seite.)

Berlins Gruß

Von

Julius Elbau

Die Reichshauptstadt steht in diesen Tagen im Zeichen der alten ehrwürdigen Reichsfarben, die sich das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, in Weimar als Panier erkor. Reichsregierung, Staatsregierung und Stadtverwaltung wetteifern in der festlichen Gestaltung des Tages, an dem die Verkündung der neuen Verfassung neues Recht und neue Pflicht schuf, eine Grundlage des Wiederaufbaus, deren Festigkeit die Stürmer von links, die Bedränger von rechts immer wieder erfahren haben.

Und das Volk von Berlin? Die Millionen von Deutschen, die diese Stadt der Arbeit, der Intelligenz, der immer neuen Energien geschaffen und ausgestaltet haben, die im Brennpunkt der Gefahren standen, als sinnlose Putsche und gefährliche Revolten Staat und Volk bedrohten, und die in all diesen Wirrwarr ihre gute Art bewahrten, die unübertreffliche Disziplin und die Bereitschaft, selbstgesetzten Führern Vertrauen und Gehorsam zu leisten? Stehen sie beiseite? Folgen sie den kommunistischen Parolen, die den Hunderttausenden von Vertretern des Reichsbanners, die hier zusammenströmen, Fehde ankündigen? Folgen sie den Beschwörungen der deutschnationalen Presse, die sich seit Tagen nicht genug tun kann an gequältem Spott über die großen Zurüstungen, die dem Fest der Verfassung diesmal die volkstümliche Note, den Charakter gewaltiger Massenfeiern geben werden?

Alle diese Verwühlungen werden vergeblich bleiben. Berlin steht hier Verfassung, und die Zahl derer, die fern bleiben, verschwindet gegenüber den Millionen, die das Werk von Weimar besehen, auch wenn sie den Wunsch haben, es auszubauen und zu verbessern. Das ist ja nicht der Sinn der Verfassungsfeier, daß in eitler Selbstgefälligkeit gepriesen werden soll, was erreicht und geschaffen worden ist. Das war früher des Landes so der Brauch, dessen Herrscher nach dem Wort eines Waldersee daß im Imperatorenkleid, bald in der Viersache des Studenten durch das Land zog, um Denkmäler einzuweihen und neue „herrischen Zeiten" zu reden, zu denen er die Nation führen werde. „Schwarzseher" wurden nicht geduldet, Nörgler aufgefordert, den Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln.

Und als die große Sintflut kam, wo waren sie, die Großen der Krone, die Tausende und aber Tausende, auf die in unaufhörlichem Strom Orden, Titel und „verliehene Charaktere" niedergegangen waren, allgemeine Ehrenzeichen, Ritterkreuze von Waldeck, Norwegen und Rußland, wo waren all die Ausgezeichneten, Bevorzugten und Bevorrechteten?

Die „Arche Noah", in der schließlich alle, alle Platz suchten, auch die, die heute so häßlich reden und wutentbrannt drohen, war das Werk der Leute, die der preußisch-deutsche Feudalstaat lediglich als „Objekte der Gesetzgebung" behandelt und von jeder Ehrenstellung ausgeschlossen hatte. Und das Prinzip, das die Rettung brachte, was war es anderes als das der Demokratie, in deren Namen der Ansturm des Bolschewismus zurückgewiesen wurde. Schandmäuler, die heute über ein „Schandmal" maulen, wenn die größte deutsche Kriegsteilnehmerorganisation, das Reichsbanner, ein Ehrenmal für die Gefallenen errichtet, verdanken die Möglichkeit, die republikanische Freiheit zu mißbrauchen, doch nur dem Umstand, daß die Sozialisten, die nach dem Zusammenbruch alle Macht in Händen hatten, in ihrer überwiegenden Mehrheit überzeugte Demokraten waren. Ueberzeugte Demokraten und Feinde jeder Gewaltanwendung. Sie haben sich sogar buchstäblich geopfert, um eine Rachejustiz zu verhindern, die in den ersten Monaten nach dem Krieg höchst volkstümlich gewesen wäre. Und der Dank? Was sich heute unter dem blutroten Hakenkreuzbanner versammelt, vom Prinzen August Wilhelm bis Hugenberg und Seldte, kündigt den eigenen Volksgenossen Krieg und Vernichtung an. Manchmal hat man wirklich das Gefühl, daß die Arche Noah nicht ganz so komplett hätte zu sein brauchen.

Sie sprechen von „Terror", weil die Anordnung ergangen ist, Rathäuser und Schulen zu beflaggen. Die empfindsamen Geister, die zarten Gemüter, die weichen Hände, die vergeßlichen Köpfe! Wenn es früher in einer Versammlung irgendeinem Menschen einfiel, ein Kaiserhoch auszubringen, waren die Leute, die absichtlich oder aus Versehen sitzen blieben, der Gefahr eines Strafverfahrens wegen Majestätsbeleidigung ausgesetzt. Wer bei den öffentlichen Wahlen nicht nach dem Wunsch des Landrats stimmte, kam auf die schwarze Liste und konnte sicher sein, wirtschaftliche und persönliche Nachteile zu erleiden. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Söhne von Sozialdemokraten wurden nicht zu Unteroffizieren befördert. Wer als freisinnig bekannt war, gefährdete die Zukunft seiner Kinder und Kindeskinder. Die Mauer um das Offizierkorps, die im Kriege so verhängnisvoll sich auswirkte, wurde mit allen Mitteln aufrecht er-